Nr. 333 2. Ausgabe

Sonntag, 7. Dezember 1919

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4

Fernsprecher: 13 5 28, 13 6 38, 13 8 97, 17 1 00. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2050 Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen:
Die 32 mm breite Grundzeile kostet 90 Pf., die 91 mm breite Reklamezeile M. 3.—, mit Platzvorschrift M. 3.50. Für Ziffer- oder Auskunft 10 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresumsätzen Ermäßigung nach festgelegten Sätzen. Briefgebühr 20 Pf. Anzeigen von auswärts und von unbekannten Bestellern nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsre Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unsern Tarifsätzen an.

Bezugspreise:
Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 2.00, vierteljährlich M. 6.00.
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste“ 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste“ monatl. M. 2.00, vierteljährl. M. 6.00
„ B mit „Illustr. Neueste“ „ 2.15 „ 6.45
Postbezug im Ausland d. Eintragung in den Postlisten.
Kreuzbandsendungen wöchentlich M. 1.20, nach dem Auslande M. 1.30.
Einzelnummer wochentags 15 Pf., Sonntags (2. Ausgabe) 20 Pf.

Politik und kirchliche Wahlen

Vom Pastor Mensing (Dresden)

Soll sich eine politische Partei an kirchlichen Wahlen beteiligen? Es scheint verneint werden zu müssen. Denn eine Partei gewinnt ihre Mitglieder aus verschiedenen Religionsgemeinschaften; sie kann also nicht an einer einzelnen tätig sein. Ferner kann jemand kirchlich sehr freisinnig, politisch aber konservativ sein oder einer streng religiösen Sekte angehören, politisch aber Sozialdemokrat sein.

Dennoch sind die großen kirchlichen Gemeinschaften von bedeutendem Einfluß auf die Politik; sie sind Herde manchmal der Revolution, manchmal der Reaktion gewesen. Zu ihrem eigenen Schaden überließen das politische Parteien bei dem Grundsatz strenger Neutralität in kirchlichen Dingen. Jede sollte wenigstens eines tun: ihre Mitglieder anhalten, persönlich bei jeder kirchlichen Wahl Stellung zu nehmen und ihnen Richtlinien zu geben, nach denen sie die Kandidaten zu prüfen und die Wahl zu beeinflussen haben. Denn jede große Partei hat ihr bestimmtes Kulturideal; und von diesem Ideal aus ergibt sich auch eine ganz bestimmte Stellung zu den Fragen der Religion. Gleichgültigkeit gegen diese Fragen läßt fast immer darauf schließen, daß man nur eine Interessenpolitik kennt und für Kulturideale in der Parteipolitik kein Verständnis hat.

Die Rechtsparteien stehen positiv zur Kirche. Die Linksparteien sind zur Zeit noch kirchenfeindlich. Die Deutsch-Demokratische Partei läßt weithin Gleichgültigkeit erkennen. Wir haben jetzt und bereits im folgenden Jahre wieder Kirchenvorstandswahlen. Sie sind schon darum von Bedeutung, weil, leider, nur die Kirchenvorsteher das Recht haben, das gesetzgebende Kirchenparlament zu wählen. In diesem aber wird die zukünftige Form der evangelischen Kirche bestimmt werden. Ist es uns Vätern und Müttern nun z. B. ganz gleichgültig, ob auch künftig noch unsre Knaben und Mädchen bei der Konfirmation auf den Wortlaut des apostolischen Bekenntnisses verpflichtet werden sollen? Es ist gewiß durch sein Alter ehrwürdig. Es ist ein Einheitsband der Kirchen. Ich möchte es in der Kirche darum nicht missen. Aber eignet es sich zum feierlichen Bekenntnis der Vierzehnjährigen? Warum lassen die Eltern uns und ihre Kinder hier völlig im Stich? Weil die Politik der Partei, zu der sie gehören und durch die allein sie in öffentlichen Fragen tätig sind, sich um diese Dinge nicht kümmert.

Die Deutsch-Demokratische Partei sollte ihren evangelischen Mitgliedern erstens erklären: Tragt euch alle in die Wahllisten eurer Kirchgemeinde ein (Kanzlei der betreffenden Kirche, täglich von 1/2 9 bis 1/2 1 Uhr geöffnet); beteiligt euch zweitens bei der nächsten Wahl, mindestens im kommenden Jahr. Und sorgt für einen demokratischen Aufbau der Kirche. Aus einer Obrigkeitskirche muß sie in eine freie Volkskirche verwandelt werden, bei der ein aus Urwahlen mit Verhältniswahl hervorgegangenes Kirchenparlament die Gesetze gibt, und in der jede Richtung, ob rechts oder links, soweit sie nur evangelisch-christlich sein will, das der Zahl ihrer Anhänger entsprechende Recht bekommt. Auch die Minderheiten sind zu schützen. Dringt auf eine soziale Gesinnung in der Kirche! Verschafft euren Geistlichen völlige Freiheit in ihrer politischen Parteistellung! Macht die Tore soweit auf, daß auch die sogenannten Sekten nur besondere Gruppen innerhalb einer weitherzigen Kirche bilden, die genau so wie die andern Gruppen im Kirchenparlament vertreten sind und an den allgemeinen Kirchsteuern ihren Anteil haben! Tretet aber auch dafür ein, daß die Kirche ihr Kirchengut behält und öffentlich-rechtliche Körperschaft bleibt, d. h. nicht in eine Fülle von ohnmächtigen Vereinen zersplittert wird! In den amerikanischen Vereinskirchen herrschen die Reichen. Wir wollen auch in der Kirche eine gerechte Steuerpolitik.

Unsre Kandidaten aber sollen bei Kirchenvorstands- und Synodalwahlen noch für folgende Forderungen eintreten:

1. Jede rechtliche Bindung an die Bekenntnisse und jede Verpflichtung auf ihren Wortlaut ist abzulehnen. Es genügt der ausgesprochene Wille, als evangelischer Christ zu leben und zu lehren.
2. Die christlichen Gedanken müssen das Kulturleben der Gegenwart durchdringen, sich aber auch von ihm durchdringen lassen.
3. Alle antisozialen Einrichtungen der Kirche sind restlos zu beseitigen. Gerade die Kirche hat in der sozialen Neugestaltung des Volkes eine religiöse Aufgabe.
4. Die Geistlichen sind in erster Linie Seelsorger. In aller kirchenpolitischen Tätigkeit müssen die Laien, auch Frauen, an erster Stelle stehen.

Es sind das alles Gedanken, die der Deutsch-Demokratischen Partei durchaus geläufig sind und in deren Richtung sie auch bereits arbeitet. Sie sollen nur jetzt ihren Weg in die breite Oeffentlichkeit finden und namentlich ihre Mitglieder zur energischen Mitarbeit auffordern.

*

Zum Parteitag der Deutsch-Demokratischen Partei in Leipzig haben die Ortsgruppen I und II des Bezirksverbandes Berlin folgenden Antrag gestellt:

„Der Parteitag der Deutsch-Demokratischen Partei in Leipzig wolle beschließen: Ueberall in Deutschland ist nach dem Wegfall des landesherrlichen Kirchenregiments die ehemaligen Staatskirchen evangelischen Bekenntnisses in Umbildung begriffen; aber überall wird auch der Versuch gemacht, sie jetzt erst recht zu Stützpunkten der konservativen Parteien zu machen. Die Deutsch-Demokratische Partei erklärt: Wir erwarten von unsern Anhängern, daß sie duldsam jede Konfession, kirchliche Richtung und ernste Weltanschauung gelten lassen, daß aber auch jeder für die eigene eintritt. Wir sind davon durchdrungen, daß wahre Bildung und echte Religiosität aufeinander angewiesen sind, damit die Bildung nicht flach und die Religion nicht eng werde. Wir werden daher für warmherzige und weitherzige Volkskirchen sorgen, in denen auch die Rechte der religiösen Minderheiten gewahrt sind. Aber ebenso werden wir die drohende konservativ-reaktionäre Entwicklung der Kirchen bekämpfen. Sie steht im Widerspruch zur demokratischen Verfassung der bürgerlichen Gemeinde, des Staates und des Reiches. Sie schädigt ebenso das religiöse wie das bürgerliche Leben. Wir fordern daher unsre Parteifreunde, Männer und Frauen, auf, sich für alle Kirchenwahlen rechtzeitig in die Wählerlisten eintragen zu lassen und sich in Stadt und Land eifrig daran zu beteiligen.“

Die Befreiten der „Santa Elena“

WTB. Berlin, 6. Dezember. Ueber den Vorfall mit dem Dampfer „Santa Elena“ erfahren wir aus Kiel:

Am Vormittag wurde auf der Ostseestation ein englischer Dampfer mit Kriegsgefangenen gemeldet. Als der Dampfer in der Holtenauer Schleuse ankerte, kam die Meldung, daß ein Mann von Bord gegangen und von einer englischen Patrouille, die dabei drei bis vier Schüsse abgegeben habe, verfolgt würde. Der Kommandeur der Ostseestation ließ darauf die Schleuse durch Reichswehr besetzen. Die Kieler Polizei ging an Bord, um die Angelegenheit zu untersuchen. Die Leute, die sich auf dem Dampfer befanden, waren der Meinung, daß sie nach Danzig verschleppt werden sollten. Sie sind in England aus dem Gefangenenlager auf Grund ihres polnischen Namens ausgesucht worden. Die Leute äußerten die Befürchtung, daß sie zwangsweise in die polnische Legion eingereiht würden. Sie wurden in diesem Verdachte dadurch bestärkt, daß sich an Bord des Dampfers 400 polnische Legionäre befanden, ebenfalls frühere deutsche Kriegsgefangene, die auf englischen Druck hin in die Legion eingetreten sind. Auf den Hinweis, daß die Leute sich in deutschen Hoheitsgewässern befänden und daß der Begriff Kriegsgefangene jetzt überhaupt nicht mehr zutreffe, ließen der Kapitän und der englische Offizier, der das Begleitkommando führte, ungefähr 600 Leute, die nicht mehr auf dem Dampfer bleiben wollten, unter Vorbehalt frei. Sie wurden vorläufig nach Lockstädt bei Itzehoe ins Durchgangslager gebracht. Ungefähr 30 bis 100 Mann, und zwar alles Deutsche, sind auf dem Dampfer geblieben und gestern nachmittag nach Danzig weitergefahren. Die militärische Besetzung der Schleuse wurde sofort aufgehoben. Die Meldung eines Berliner Blattes, daß sich unter den Leuten Süddeutsche befänden, trifft nicht zu. Es sind nur Bewohner der Abstimmungsgebiete im Osten.

× Berlin, 6. Dezember. Wegen der in der heutigen Morgenpresse auf Grund von Meldungen aus Kiel mitgeteilten Durchfahrt des englischen Dampfers „Santa Elena“ mit deutschen Kriegsgefangenen durch den Nordostseekanal und des mehrfachen Gebrauches von Schußwaffen durch die Besatzung des Dampfers, die sich als Verletzung der deutschen Hoheitsrechte und des Waffenstillstandsvertrages darstellen, wurde von der deutschen Regierung bei der interalliierten Marinekommission ausdrücklich Einspruch erhoben.

Keine Zurückziehung des Vertrags

× Washington, 6. Dezember. Senator Hitchcock, der mit Wilson eine Unterredung hatte, erklärte, daß der Präsident nicht die Absicht habe, den Vertrag aus dem Senat zurückzuziehen.

Also doch Geiseln!

Die Pariser „Information“ meldet aus Paris: Die französische Regierung hat mit Zustimmung des Obersten Rates beschlossen, die deutschen Kriegsgefangenen so lange mit Wiederaufbauarbeiten zu beschäftigen, bis das Abkommen mit Deutschland über die Entsendung von Arbeitskräften unterzeichnet ist und die darauf von Deutschland übernommenen Verpflichtungen erfüllt sind.

Eine amerikanische Drohung

☞ Zürich, 6. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Italienische Zeitungen veröffentlichen heute einen interessanten Brief des Präsidenten Wilson an Tittoni, den dieser erst in den letzten Tagen erhalten haben soll. Darin heißt es: „Sie wissen genau, daß meine Ansicht über die Fiume-Frage unerschütterlich ist, und zwar keineswegs aus Mangel an Sympathien für das italienische Volk, sondern einzig und allein die Folge meiner Ueberzeugung und der meiner Regierung. Ich werde nie eine solche Regelung der Frage genehmigen, die meinem Standpunkt zuwiderläuft, die ich auch mit meiner Politik nicht vereinbaren kann. Ich fordere von Ihnen und den übrigen Teilnehmern der Pariser Konferenz, daß nunmehr die Adria-Frage unverzüglich gelöst wird. Alle europäischen Nationen brauchen den Frieden, und wer unsre Absichten stört, würde uns zu schärfsten Maßnahmen zwingen. In der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung werden wir nur diejenigen unterstützen, die unser politisches Programm annehmen werden.“

Der französisch-belgische Handel

× Paris, 6. Dezember. Wie „Echo de Paris“ mitteilt, soll ein Dekret veröffentlicht werden, das die Surtaxe d'entrepot für alle Waren, die über Antwerpen nach Straßburg gehen, aufhebt. Aus der Notiz geht nicht hervor, daß die Aufhebung der Surtaxe d'entrepot die Einschränkungen enthält, von der belgische Handelskreise sprechen. „Echo de Paris“ meint, die Maßnahme werde eine lebhafte Handelsverbindung zwischen dem großen Rhein-Hafen und dem großen Schelde-Hafen zur Folge haben. Es wäre auch zu hoffen, daß sie die Basis für die zukünftige französisch-belgische Wirtschaftslage der Entente bilde.

Die Auflösung des „Rats der Fünf“

☞ Warschau, 6. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Der „Courier Poranny“ bringt eine Meldung aus Pariser diplomatischen Kreisen, daß der Rat der Fünf sich Ende Dezember auflösen werde und an seine Stelle der Rat der Gesandten, eine Abart des Völkerbundes, bis zu dessen Gründung treten soll.

Die Hilfe für Oesterreich

T Wien, 6. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Die deutsche Regierung stellte der österreichischen Regierung 6229 Tonnen Getreide zur Verfügung. In den ersten drei Tagen wurden über Passau 24 Waggons abgefertigt, später 60 und jetzt 100 Waggons.

Die Verhandlungen mit Polen

☞ Warschau, 6. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Die Warschauer Blätter melden, daß die polnische Regierungsabordnung von Berlin nach Warschau aus zwei Gründen zurückgekehrt sei, einmal wegen der plötzlichen Abreise des deutschen Vertreters aus Paris, zum andern Mal auf Veranlassung der Entente. Man ist in eingeweihten Kreisen der festen Ueberzeugung, daß die Wiederaufnahme der Verhandlungen in nicht allzu ferner Zeit stattfinden wird. — Die Warschauer Blätter melden den Abschluß eines Waffenstillstandes auf der ganzen polnischen Front mit der Sowjetregierung. Die Verhandlungen über den Austausch der Flüchtlinge und der Gefangenen sollen in den nächsten Tagen beginnen. Zum bolschewistischen Vertreter in Warschau ist der bekannte Kommunist Dr. Marchlewski ausersehen.

Das neue polnische Ministerium

☞ Warschau, 6. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Die Warschauer Blätter melden, daß Ministerpräsident Paderewski bereits eine neue Ministerliste fertiggestellt hat. Gerüchtweise verlautet, daß die neue Ministerliste wie folgt zusammengesetzt ist: Ministerpräsident und Minister des Aeußern: Paderewski; Innere Angelegenheiten: Wojciechowski; Kriegsminister: General Sosnkowski; Oeffentliche Arbeiten: Neudzier; Ackerbau: Bujak; Justizminister: Grzendzielski; Handel und Industrie: Bentowski; Kultur und Unterricht: Chrzanowski; Arbeitsminister: Breiski; Verkehrsminister: Landsberg; Finanzminister: Grabski. Diese Liste ist vorläufig nur ein Projekt des Ministerpräsidenten Paderewski und hat den Zweck, alle Parteigruppen des polnischen Landtages zu befriedigen.

Polen für den Wiederaufbau

Im Laufe der nächsten Monate sollen, wie aus München gemeldet wird, 1[illegible] 000 polnische Arbeiter durch Süddeutschland in das französische Wiederaufbaugebiet befördert werden. Die Transporte haben bereits begonnen. Die bayrische Eisenbahnverwaltung hat trotz der starken Belastung, die der Betrieb angesichts der in Bayern herrschenden Kohlennot durch die Transporte erleidet, eingewilligt, daß diese ihren Weg über die böhmisch-bayrische Grenze nehmen, in der Hoffnung, daß durch die Verwendung polnischer Arbeiter im Wiederaufbaugebiet die Rückkehr unsrer Kriegsgefangenen beschleunigt wird.

Die Kohlenlieferung der Tschechen

Im Monat Oktober sind aus der tschecho-slowakischen Republik an Kohlen eingeführt worden nach Sachsen 162 524 Tonnen, nach Norddeutschland 48 551,5 Tonnen, nach Bayern 94 861,5 Tonnen, zusammen 305 937 Tonnen. In diesen Mengen sind 10 767 Tonnen enthalten, die nicht auf das Reichskontingent angerechnet werden. Ferner sind geliefert worden 10 886 Tonnen Bunkerkohle, ebenfalls außerhalb des Kontingents. Aus Schlesien sind nach der Tschecho-Slowakei ausgeführt worden 69 000 Tonnen, so daß die Tschechen rund 270 000 Tonnen mehr geliefert als bekommen haben.

Olmütz als tschechischer Waffenplatz

× Frankfurt a. M., 6. Dezember. Wie die „Frankf. Ztg.“ aus Prag meldet, ist in der Nähe von Olmütz ein riesiges Militärlager für 30 000 Mann errichtet worden. In den umliegenden Dörfern sind 10 000 Soldaten untergebracht. Olmütz ist damit das militärische Zentrum der tschecho-slowakischen Republik.

Vorarlberg und die Schweiz

Nach einer Meldung der Korrespondenz Herzog richtete die Staatskanzlei an den Landtag von Vorarlberg folgendes Telegramm: Die Staatsregierung wird Vorarlberg keinen gesetzlichen Weg verschließen. Wenn der Landtag einen Antrag auf Zulassung von Verhandlungen Vorarlbergs mit der Schweiz über den Anschluß an diese dem Völkerbunde im Wege der Wiener Regierung unterbreitet, würde diese den Antrag nach Paris weiterleiten. Wien behält sich jedoch gleichzeitig die Abgabe einer Erklärung zur Wahrnehmung der Interessen Oesterreichs vor. Jeder andern wider den Wiener Vertrag oder die bestehenden Gesetze gerichteten Aktion muß die Regierung selbstverständlich mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln entgegentreten. Sie empfiehlt den Weg des Rechtes und des Gesetzes.

× Bern, 6. Dezember. (Schweiz. Dep.-Agentur.) An den in jüngster Zeit erfolgten amtlichen Erklärungen der österreichischen Regierung sieht sich der Bundesrat veranlaßt, festzustellen, daß er niemals das geringste getan habe, was als Ermutigung für Vorarlberg aufgefaßt werden könnte, sich von Oesterreich loszulösen. Vom politischen Standpunkte aus bestehe für die Schweiz insofern und solange Vorarlberg ein integrierender Bestandteil Oesterreichs ist, eine Vorarlbergische Frage nicht. Aber die Frage würde für die Schweiz eine andere Bedeutung und einen andern Charakter annehmen, wenn Vorarlberg sich von dem Staate trennen wollte, dem er angehört, um sich einem andern Staate anzuschließen.

Auf dem linken Rhein-Ufer

Von einem Sonderberichterstatter

***, am 2. Dezember.

Da auf dem rechten Ufer die Züge eingestellt waren, sah ich mich genötigt, durch das besetzte Gebiet zu reisen, wenn ich rechtzeitig nach Rotterdam kommen und den nach New York gehenden Dampfer erreichen wollte. Es hatte ursprünglich nicht in meiner Absicht gelegen, das linke Rhein-Ufer zu betreten und die fremden Soldaten in diesem schönsten deutschen Landstrich zu beobachten, aber da es nun nicht anders ging, nahm ich mir vor, Augen und Ohren recht offen zu halten und soviel wie möglich über das Gebaren der fremden Besatzung und das Verhalten der Einwohner in Erfahrung zu bringen. Was ich gesehen und gehört, teile ich in folgendem mit.

Wer vom unbesetzten Deutschland in das besetzte Gebiet reisen will, muß dazu die Erlaubnis der feindlichen Militärbehörden haben. Wie man mir sagt, war es im Anfang sehr schwierig, diese Erlaubnis zu erhalten, jetzt aber ist das bedeutend leichter als z. B. die Erlaubnis zur Einreise nach der Schweiz zu erwirken. Für einen Geschäftsmann hat die Sache eigentlich gar keine Schwierigkeit, aber auch ein Familienbesuch läßt sich jetzt leicht bewerkstelligen. Das Unerträgliche für den Deutschen ist einfach die Tatsache, daß er die Feinde um die Erlaubnis bitten muß und daß es im Belieben der Franzosen liegt, den Rechtsrheinern den Besuch ihrer linksrheinischen Verwandten und Freunde zu verbieten und zu gestatten und umgekehrt.

Damit ist die Belästigung nicht abgetan; man muß viel Geduld haben, lange warten können und sich nicht leicht ärgern, um die Förmlichkeiten dieser Sache durchmachen zu wollen. Ich kann sehr gut verstehen, daß viele Deutsche darauf verzichten, weil sie nicht stundenlang vor den Türen und in den Vorzimmern der französischen Offiziere warten und sich dabei von den diensttuenden französischen Soldaten anschnauzen lassen wollen. Ohne das aber geht es für den Deutschen oder vielmehr für den Angehörigen eines deutschen Bundesstaates nicht.

Mit mir wurde nicht nur glimpflicher, sondern — um die lautere Wahrheit zu sagen — wirklich sehr zuvorkommend verfahren. Um diese und andre Grenzangelegenheiten zu ordnen, sind in den unbesetzten Städten, die der Militärgrenze benachbart sind, sogenannte Verbindungsämter eingerichtet, worin französische, englische, belgische und amerikanische Offiziere, begleitet von Mannschaften ihrer Armeen, diese Arbeit besorgen. Schon vor dem Hoftor, das in das ehemals wohl als Kaserne oder zu ähnlichen Zwecken benutzte Gebäude führt, war eine dichte Schar angesammelt, die von einem schwarzen Franzosen mit vorgehaltenem Bajonett am ungeregelten Eintritt verhindert wurde. Von Zeit zu Zeit ließ er auf einen von innen gekommenen Ruf einige sechs bis acht Leute durch, und diese Augenblicke wurden von Vorwitzigen benutzt, um hinter dem Wachthabenden einzuschlüpfen oder gar unter seiner ausgestreckten Waffe durchzukriechen. Ich schaute dem Treiben einige Minuten zu und redete dann den Soldat an, indem ich ihm zugleich meinen amerikanischen Paß zeigte. Ich sprach deutsch, weil ich es nicht für richtig hielt, meine französischen Sprachkenntnisse zu benützen, und der Marokkaner oder Algerier verstand das nicht nur, sondern antwortete auch in gar nicht schlechtem Deutsch, indem er mich zur Amtsstube des amerikanischen Verbindungsoffiziers hinwies.

Ich folgte den Weisungen des schwarzen Franzosen, stieß an einen andern, diesmal weißen Landsmann Clemenceaus, der ebenfalls Deutsch verstand und mir die Tür zeigte, hinter der mein amerikanischer Landsmann hausen sollte. Ich trat ein und fand den Mann in der für amerikanische Begriffe bequemsten Lage von der Welt. Denn er saß oder lag auf einem schönen weichen und breiten Lederfessel, hatte die Füße auf dem vor ihm stehenden Tisch liegen, las die „New York Times“ und rauchte eine herrliche dicke Zigarre, die neiderweckendste, die ich in den letzten vier Jahren gesehen habe. Hätte er mir eine solche Zigarre zum Geschenk gemacht, dergleichen man heute in Deutschland nicht einmal als vielfacher Millionenschieber rauchen kann, ich glaube, ich hätte ihm meine Seele verschrieben und die „New York Times“ als ein vortreffliches, rein amerikanisches, nicht im geringsten englischen Einflüssen zugängliches Organ der öffentlichen Meinung gelobt. Aber er gab mir eine solche Zigarre nicht, und darum kann ich nach wie vor bei der Meinung bleiben, daß dieses New-Yorker Blatt mit englischem Gelde gemacht wird und nicht die amerikanischen, sondern die englischen Interessen vertritt, obgleich sein Besitzer oder Herausgeber einen nicht gerade englisch klingenden Namen trägt.

Eine Zigarre erhielt ich also nicht, aber in allem übrigen muß ich den Amerikaner loben. Als ich ihn englisch anredete und meinen Paß hinhielt, sprang er wie elektrisiert von seinem Sessel auf, streckte mir beide Hände entgegen, als ob er mich ans Herz drücken wollte und rief entzückt: Sie sind der erste Amerikaner, den ich seit vier Monaten sehe!

Und trotzdem bot mir der Unmensch keine Zigarre an!

Ich erklärte ihm mein Anliegen, und sofort führte er mich zu dem Franzosen, der das zunächst in Frage kommende und von mir zu betretende Gebiet zu besorgen hatte. Unterwegs sagte er mir, indem er auf die wartenden Menschen zeigte, im allgemeinen dauere es einen Monat, bis ein Gesuch um Einreise erledigt werde, aber bei mir als Amerikaner, einer Sorte, die sich so selten zeige, müsse eine Ausnahme gemacht und die Sache sofort besorgt werden. Unterdessen kamen wir durch die Zimmer der Engländer und der Belgier und erreichten endlich die Franzosen. Auf dem Wege konnte ich beobachten, in welchem Maße sich die Arbeit auf die verschiedenen Nationen verteilt. Der Amerikaner hatte gar nichts zu tun als ich bei ihm eintrat, bei dem Belgier waren zwei Leute, bei dem Engländer ein halbes Dutzend, aber bei dem Franzosen war ein Gedränge wie vor dem Hoftor. Auch hier stand ein brauner Soldat an der Tür und hemmte den Ansturm mit seinem Bajonett. Natürlich ist das nicht überall so, die Stadt, wo ich um die Einreiseerlaubnis nachsuchte, ist dem von den Franzosen besetzten Gebiet benachbart, darum hatten selbstverständlich die meisten Leute mit den Franzosen zu tun. Der Franzose, zu dem mein Amerikaner mich führte, bekleidete einen höheren Rang und hatte einen adligen Namen, was man in der französischen Armee sehr oft findet, weil es in Frankreich wie in Deutschland viele adlige Offiziersfamilien

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19191207021/1